Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0,35 R.-M., für auswärts 0.40 R.-M. Die Reklamezeile im Anschluß an redaktionellen Text, 79 mm breit, kostet 2 R.-M., für auswärts 2.50 R.-M. — Die Briefgebühr für Buchstabenanzeigen beträgt 0.30 R.-M. — Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch Boten ins Haus monatlich 2,25 R.-M. Postbezug für Monat April 2 R.-M., für die Tschecho-Slowakei monatlich 8 Kr. 15. Kreuzbandsendungen: Inland wöchentlich 1.10 R.-M. Ausland 1.25 R.-M. Einzelnummer 10 R.-Pf., außerhalb Groß-Dresdens 15 R.-Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstr. 4 • Fernruf: 14194, 20024, 27981, 27982, 27983 • Telegr.: Neueste Dresden • Postscheck: Dresden 2060

Nichtverlangte Einsendungen ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 98 — Donnerstag, 26. April 1928 — XXXVI. Jahrg.

Stresemann beginnt den Wahlkampf

Die Bedeutung der Münchner Kandidatur — Ergebnislose Sitzung des Ueberwachungsausschusses — Neue Enthüllungen im Stettiner Fememord-Prozeß

Wann startet die „Bremen"?

Sonderkabeldienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

New York, 25. April. (Durch United Preß)

Die Reparatur der „Bremen" ist nach einer Meldung des Leuchtturmwärters von Greenly Island beendet. Köhl, v. Hünefeld und Fitzmaurice hatten sich bereits fertig zum Start gemacht und den Motor angeworfen, als man bemerkte, daß dieser dauernd aussetzte. Als der Fehler endlich beseitigt war, beschlossen die Flieger, da es inzwischen ziemlich spät geworden war, ihren Abflug auf heute morgen zu verschieben, um Murray Bay noch bei Tageslicht zu erreichen. Sie beabsichtigten, trotz den ungünstigen Wetterberichten, heute morgen um 2 Uhr Ortszeit (8 Uhr mitteleuropäische Zeit) zu starten.

Wie aus Quebec berichtet wird, traf Lindbergh um 6,50 Uhr nachmittags (12,50 Uhr nachts nach mitteleuropäischer Zeit) auf dem dortigen Flugplatz ein und bestieg sofort ein Automobil, um an das Krankenlager des mit schwerer Lungenentzündung daniederliegenden Fliegers Lloyd Bennett zu eilen, für den er aus New York ein Serum zu Infektionszwecken mitgebracht hat.

•

Eine Bestätigung der Nachricht, daß die „Bremen" heute erneut gestartet sei, ist bis Mittag nicht eingetroffen, so daß angenommen werden muß, daß sich der Start unter Umständen erneut verzögert hat.

•

Seinen Sohn wiedergefunden

Der totgeglaubte Duke Schiller

B. Berlin, 25. April. (Eigener Drahtbericht)

Durch einen eigenartigen Zufall hat im Zusammenhang mit dem Amerikaflug der „Bremen" ein Vater seinen Sohn wiedergefunden. In Agram lebt, wie man der „Vossischen Zeitung" meldet, als russischer Emigrant namens Theodor Schiller ein Deutschrusse und früherer Buchhalter der russischen Nationalbank in Moskau. Im Jahre 1917 war sein Sohn Duke Schiller als russischer Soldat in Kriegsgefangenschaft geraten. Nachher ging es Schiller und seinem Sohne wie vielen in dem Rußland der bolschewistischen Revolution und der bolschewistischen Narde: sie gerieten auseinander und konnten sich nicht mehr finden. Dieser Tage las nun Theodor Schiller zu seiner Ueberraschung in den Blättern, daß den deutschen Fliegern der amerikanische Flieger Duke Schiller zu Hilfe gekommen sei. Der alte Mann traf mit Unterstützung des amerikanischen Konsulats in Agram mit dem amerikanischen Piloten in Verbindung, und es wurde festgestellt, daß Duke Schiller der totgeglaubte Sohn ist. Der glückliche Vater rüstet jetzt zur Reise nach Amerika, um seinen Sohn wiederzusehen.

Demokratischer Parteiausschuß

B. Berlin, 25. April. (Eigener Drahtbericht)

Der Parteivorstand der Deutschen Demokratischen Partei wird Sonnabend den 28. April in Berlin im Reichstag zu einer Sitzung zusammentreten, um Fragen des Wahlkampfes zu beraten und die Parteiausschußsitzung vorzubereiten. Am Abend findet eine Begrüßung im neuen Festsaal der Kroll-Oper statt. Die Festansprache wird Frau Dr. Bäumer halten. Namhafte Künstler haben ihre Beteiligung zugesagt.

Die Sitzung des Parteiausschusses der Deutschen Demokratischen Partei beginnt am Sonntag vormittags ½10 Uhr im Plenarsaal des Preußischen Landtags mit einer Ehrung von Frau Dr. Helene Lange aus Anlaß ihres 80. Geburtstages. Dann wird der Parteiführer Koch-Weser über „Die Deutsche Demokratische Partei im Wahlkampf" sprechen. Im Anschluß daran wird der Ehrenvorsitzende der Partei, Bürgermeister Dr. Petersen (Hamburg), die „Grundgedanken demokratischer Politik" erörtern. Der preußische Finanzminister, Dr. Höpker-Aschoff, erstattet Bericht über „Erfolge und Ziele demokratischer Politik in Preußen". Der verdienstvolle deutsche Vertreter auf der Abrüstungskonferenz, Graf Bernstorff, spricht über die „Außenpolitik der Verständigung", Frau Dr. Lüders über „Gleiches Recht für die Frau, Hilfe für die Notleidenden". Den Vorsitz führt der frühere württembergische Staatspräsident Hieber (Stuttgart).

Sammlung der liberalen Kräfte

Die Stellung des Generals v. Schoch

Telegramm unsres Korrespondenten

W München, 25. April

Außenminister Dr. Stresemann, der heute abend im Bürgerbräukeller seine erste Münchner Wahlrede halten wird, ist gestern in München eingetroffen. Ein Tee im „Bayrischen Hof", zu dem die Presse eingeladen war, gab ihm Gelegenheit zu einer ersten engeren Fühlungnahme mit der Münchner Oeffentlichkeit. Im Verlaufe dieses Empfangs, der vorwiegend persönlicher Aussprache diente, nahm Dr. Stresemann auch das Wort zu kurzen, allgemeinen Ausführungen. Er betonte dabei mit Nachdruck,

daß er nicht etwa nur als Schrittmacher seiner Partei in München kandidiere,

sondern mit der ernsten Absicht, das Mandat, wenn er gewählt werde, auch anzunehmen und auszuüben. **Im übrigen beschränke er seine Darlegungen im wesentlichen auf die zwei Probleme, die infolge seiner Kandidatur diesmal dem ganzen Wahlkampf in München das Gepräge geben: Außenpolitik und Verhältnis zwischen Reich und Ländern. Er vermied dabei alle parteipolitischen Gedankengänge, gab aber doch schon in aller Gedrängtheit eine wirkungsvolle Widerlegung der**

Angriffe, die von rechts her aus Anlaß seiner Kandidatur mit verstärktem Ingrimm gegen ihn gerichtet werden.

Es sei, sagte er einleitend, Unsinn, zu fordern, daß im demokratischen Staat die Außenpolitik sich in voller Oeffentlichkeit abzuwickeln habe, weil man gerade in der Außenpolitik nicht alles sagen könne und dürfe, was man denke und plane, weil es das Schicksal jedes deutschen Außenministers ist, nicht überall Vertrauen und Anerkennung zu finden. Man verweise immer auf Bismarcks außenpolitischen Erfolge.

Man müsse aber auch das Bild Bismarcks richtig sehen.

Kein Staatsmann sei auf der Höhe seiner Macht in seiner Politik so höflich, so zuvorkommend, so auf Vermeidung aller Reibungen bedacht gewesen, wie gerade Bismarck. Und dann sollte man doch auch die heutige Situation richtig sehen. Trotz allen großen und schönen Worten in Genf sei es doch so, daß jeder der dort versammelten Staatsmänner eine stark bewaffnete Macht hinter sich wisse,

der deutsche Außenminister aber habe nichts hinter sich als eine Idee: die Friedensidee.

Diese Idee aber stimme vollkommen überein mit dem nationalen Interesse des deutschen Volkes, das heute vor allem Frieden brauche, um sich wieder aufrichten zu können.

„In dieser Lage kann", erklärte der Reichsaußenminister, „natürlich kein verantwortungsbewußter deutscher Staatsmann denen gefallen, die für starke Worte schwärmen. Und wenn man mir vorwirft, daß ich der Freund Briands und Chamberlains bin, so frage ich, ob das nicht in unsrer Situation besser ist, als wenn zwischen mir und diesen Männern Feindschaft bestände. Ungeheuer wichtige Entscheidungen, von denen das Wohl des deutschen Volkes für Generationen abhängt, stehen uns in der Außenpolitik noch bevor, deshalb verzichte ich lieber auf Popularität, wenn ich, um sie zu erreichen, durch starke Worte alles aufs Spiel setzen muß."

Der lebhafte Beifall, den diese Worte auslösten, bewies, daß auch in München und Bayern Stresemanns Außenpolitik über die Reihen seiner Partei hinaus weit mehr Anerkennung findet, als man nach der Haltung des Großteils der bayrischen Presse annehmen sollte. Im zweiten Teile seiner Ansprache betonte Stresemann, er kandidiere auch

nicht als Schrittmacher des Unitarismus

gerade in Bayern, wie man es einem unsinnigen Aufsatz ausgerechnet des „Matin" nachrede. Es komme ihm vielmehr gerade jetzt, da man wieder von der „Main-Linie" rede und vor allem auch in Süddeutschland vor der zukünftigen innerstaatlichen Entwicklung Deutschlands Furcht habe, darauf an,

sich für eine lebendige Zusammenarbeit von Nord und Süd einzusetzen.

So wie es dem Reiche genützt habe, daß gerade Süddeutschland ihm mehrere tüchtige Reichskanzler gestellt habe, so werde es gewiß der inneren Einigung Deutschlands förderlich sein, wenn Politiker aus dem Norden sich im Süden betätigen und die Vertretung seiner Interessen im Parlament übernehmen. Was

die parteipolitische Lage im Wahlkreis Oberbayern

angeht, so zeigt sich schon jetzt an mancherlei Anzeichen, daß die Sammlung der zersplitterten liberalen Kräfte, die man sich von ihr erhoffte, nicht ausbleiben wird. **Ob diese freilich über die Reichstagswahlen hinaus** Bestand haben oder sich auch nur bei der gleichzeitigen Landtagswahl ebenfalls geltend machen wird, muß noch dahingestellt bleiben. In einem gegen die „Kölnische Zeitung" gerichteten Aufsatz betont freilich der zweite Reichstagskandidat der Deutschen Volkspartei, der sehr weit rechtsstehende General v. Schoch, von Gegensätzen zwischen ihm und Stresemann könne keine Rede sein, vielmehr habe gerade er, da er sich gesundheitlich den Anforderungen der Spitzenkandidatur nicht gewachsen fühlte, die Nominierung des Außenministers vorgeschlagen. Mit einigen Einschränkungen hält aber auch in diesem Aufsatz

Schoch sein vielbesprochenes offenes Bekenntnis zur monarchischen wie föderalistischen Sache aufrecht,

und das dürfte denn doch kaum der Boden sein, auf dem eine dauernde Einigung aller liberalen Kräfte Bayerns oder die harmonische Zusammenarbeit des ganzen deutschen Volkes im Sinne Stresemanns möglich ist. Der demokratische Spitzenkandidat für Oberbayern-Schwaben war übrigens angesichts der Nominierung Stresemanns bereits zum Rücktritt von seiner Kandidatur entschlossen. Er hat aber dann von diesem Schritt doch wieder Abstand genommen.

Hier und da rechnet man damit, daß die heutige Stresemann-Versammlung einen etwas unruhigen Verlauf nehmen könnte.

Adolf Hitler hat zwar in seiner letzten Versammlung zu dem angekündigten aufreizenden Thema „Stresemann, der Kandidat von Frankreichs Gnaden" kaum drei inhaltsleere Sätze gesprochen und sich im übrigen auf sehr allgemeine Ausführungen über die deutsche Politik seit 1870 beschränkt, dafür hat aber der Leiter der Versammlung, der völkische Abgeordnete Buttmann, um so lauter angekündigt, man werde sich, da keine Anhänger Stresemanns sich zur Diskussion gemeldet hätten, die Antwort Stresemanns auf Hitlers Rede in der heutigen Versammlung selbst holen. Daß es etwa Hitler persönlich wagen wird, dem von ihm so grimmig gehaßten Außenminister gegenüberzutreten, ist allerdings kaum anzunehmen.

Um den 1. Mai

× **Berlin, 25. April**

In der gestrigen Sitzung des Braunschweigischen Landtags wurde mit 26 Stimmen der Linken eine Vorlage des Staatsministeriums angenommen, wonach der 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag erklärt wird.

Dagegen wurde in Mecklenburg-Schwerin gestern nachmittag der Initiativgesetzentwurf der Kommunisten und Sozialdemokraten zur Festlegung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag nach zweistündiger Beratung vom Landtag mit 26 gegen 24 Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Die Abstimmung wurde von der Linken und auch von Tribünenbesuchern mit Pfuirufen aufgenommen, so daß der Landtagsvorsitzende mit der Räumung der Tribünen drohte.

Der Friedenspakt

Von unserm RF.-Korrespondenten

London, 20. April

Mit einiger Ueberraschung hat man in London gesehen, daß aus dem Briandschen Vorschlag der „Aechtung des Krieges", den man noch vor wenigen Wochen als totgeborenes Kind bezeichnete, durch die Rundfrage des Staatssekretärs Kellogg eine formbable politische Realität geworden ist. Den Krieg als Werkzeug nationaler Politik aus den Beziehungen der Großmächte auszuschalten, war ja schon Idee und Ziel des Völkerbundes und in einem Sonderfall der Zweck der Locarno-Verträge gewesen. England hat in Genf jahrelang für dieses Ziel gearbeitet — nicht ohne die Gestaltung der Völkerbundspolitik im Sinne der britischen Politik zu beeinflussen —, aber mehr und mehr machte sich dort das entscheidende Manko des Völkerbundes: das Fehlen Amerikas, bemerkbar. Der Aufschwung der amerikanischen Seemacht in den Jahren nach dem Kriege, der feste Wille der Vereinigten Staaten, eine England ebenbürtige Flotte zu bauen, hat den Schwerpunkt der britischen Außenpolitik **immer mehr nach Westen verlegt.** Der Zwiespalt **zwischen den Beziehungen zu Europa und den Beziehungen zu Amerika ist heute das** Zentralproblem der Londoner Politik. Die Zwickmühle zwischen Genf und Washington ist alles andre als eine theoretische Kombination. Die Vereinigten Staaten werden — das ist vielleicht der einzige absolut feststehende Faktor in der gegenwärtigen Weltlage — nie wieder eine Belästigung ihrer Handelsschiffe durch Blockaden dulden. Wird England gezwungen, als Völkerbundsmitglied die Blockade gegen einen „Friedensbrecher" zu verhängen, so ist ein Konflikt, und wahrscheinlich ein Krieg mit Amerika unvermeidlich. Das ist der tiefere Grund für das Abrücken Englands vom Völkerbund, das im Laufe des vergangenen Jahres deutlich wurde.

Wenn jetzt die Regierung der Vereinigten Staaten die Initiative ergreift, um die Friedensgarantien des Völkerbundes durch ein besonderes Vertragssystem zu ergänzen, so ist damit für England der Augenblick gekommen, sich durch Sicherungen nach Westen und Osten aus seiner unerträglichen Zwangslage zu befreien. Die Diplomaten des Foreign Office sind keine Philosophen; die Idee des ewigen Friedens beschäftigt sie bedeutend weniger als die konkreten Gefahren etwaiger Kriege. Verzicht auf Krieg ist ein schönes Ideal, für das man schöne Worte aufbringt. Ein ganz andres Gesicht bekommt der Gedanke aber dadurch, daß er von dem Staatssekretär der Vereinigten Staaten ausgesprochen wird. Amerikas Verzicht auf Krieg — das ist es, was man in London braucht. Und es ist keine Phrase, wenn die „Times" schreiben, der Vorschlag Kelloggs bedeute „einen Wendepunkt der Weltpolitik".

England hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß es die Initiative der Vereinigten Staaten grundsätzlich herzlich begrüßt. Gleichzeitig erheben sich aber auch hier ernste Probleme. Verlangt man, daß England auch innerhalb seines eigenen Machtbereiches, beispielsweise in Aegypten, auf die Möglichkeit militärischer Maßnahmen verzichtet? Der Wortlaut des amerikanischen Entwurfes spricht vom Kriege „als Werkzeug nationaler Politik" — seltsamerweise steht dafür in der amtlichen deutschen Uebersetzung „staatliche Politik", ein schwerwiegender Unterschied! Wird man England erlauben, als nationale Politik nur die Haltung des gesamten Weltreichs gegenüber andern Mächten anzusehen? Ein weiteres Problem ist natürlich auch hier, wie in Paris, das Verhältnis der geplanten Bindung zu den Verpflichtungen aus dem Völkerbundsstatut. Die nächsten Besprechungen werden hauptsächlich der Frage dienen, ob militärische Maßnahmen im Auftrage des Völkerbundes bzw. auf Grund der Locarno-Verträge als Krieg im Sinne des Vertragsentwurfes gelten sollen. Von englischer Seite wird vielfach eingewandt, daß solche Kriege nicht den eigenen nationalen Zielen, sondern nur der Aufrechterhaltung des internationalen Friedens dienen würden, also eine Art Polizeimaßregel darstellen. Praktisch läßt sich diese Unterscheidung aber wohl kaum machen. Chamberlain selber hat einmal gesagt, es sei nichts leichter, als einem Staate das Odium des Angreifers zuzuschieben, und gerade mit dieser Unsicherheit hat die Regierung oft genug die Ablehnung des Genfer Protokolls begründet. Hier muß ein neuer Ausweg gefunden werden. England wird auf dem Recht auf „Sanktionen" sicherlich nicht mit der gleichen Entschiedenheit bestehen wie Frankreich, aber es ist mehr als fraglich, ob es dieses Recht — man nennt es Pflicht — ganz aufgeben wird.